

Unsere Gewerkschaften sind in Gefahr

von Theodor Bergmann

Die freien Gewerkschaften, mit ihren fast 8 Millionen Mitgliedern immer noch die wichtigste Organisation der Werktätigen, sind in ihrer Existenz gefährdet. Die Gefahren kommen von außen und von innen.

Guido Westerwelle, Vorsitzender der Freien Demokraten, möchte uns ganz abschaffen. Stuttgarter Unternehmenssprecher drohen Gesetze schaffen zu lassen, die längere Arbeitszeiten erzwingen und auch anderweitig Tarifautonomie und unseren Kampfraum noch enger zu begrenzen.

Wieder andere drohen, verlangen Gefügigkeit, weil die deutschen Unternehmer sonst auswandern "müßten".

Andere locken mit geschickt formulierten, aber völlig unehrlichen Angeboten: Wenn die IGM wieder und weiterhin bescheiden sei, würden die Metallindustriellen

"in den nächsten Jahren bis zu 100.000 neue Arbeitsplätze schaffen".

Gesamtmetall-Chef Martin Kannegießer droht zugleich, wenn die IGM bei den jetzigen Tarifverhandlungen hart bleibe, müsse man "auch den Status der Betriebsräte in Frage stellen".

Die "rot-grüne" Bundesregierung hat die Gewerkschaften vier lange Jahre mit Erfolg in das "Bündnis für Beschäftigung, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" eingebunden. Bescheiden haben wir stillgehalten; Ergebnis: mehr Erwerbslose, weniger Lehrstellen - nur die Wettbewerbsfähigkeit, die Profite der deutschen Exportindustrie, hat sich wesentlich verbessert. Man redet gar nicht mehr von diesem für die Kapitaleseite erfolgreichen Bündnis. Die anderen halten uns für sturmreif.

„Viel Klagen hör' ich oft erheben vom Hochmut, den der Große übt.

Der Großen Hochmut wird sich geben, wenn unsere Kriecherei sich gibt.“

*Gottfried August Bürger
1747-94.*

Ebenso drohen uns innere Gefahren. Ein großer Teil der obersten Gewerkschaftsführungen hat sich von Gerhard Schröder einbinden lassen, hat den rigorosen Abbau der sozialen Sicherungen widerstandslos akzeptiert, des Kanzlers und der Unternehmer Forderungen geschluckt, weil es keine Alternative gebe, weil die Globalisierung dazu zwingt, weil Rot-Grün das kleinere Übel gegenüber CDU/CSU sei, weil die "Lohnnebenkosten" (das Wort ist eine junge Erfindung) nicht mehr

Liebe Kollegin lieber Kollege, der letzte Bundeskongress der Gewerkschaftslinken war ein Erfolg. Wie bei einigen Kongressen in den letzten Jahren konnten wichtige Fragen und Probleme der Gewerkschaftsbewegung diskutiert werden. Noch wichtiger: Im Anschluss an den Kongress wurde ein Forum linker Gewerkschafter in Berlin gegründet. Es zeigt sich, dass es zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken nicht ausreicht einmal im Jahr einen Kongress zu machen. Zwar leistet labournet und zum Teil auch die Zeitungen Express und Sozialismus wichtige Beiträge zur gewerkschaftspolitischen Diskussion, aber das reicht nicht aus.

Deshalb hat der Arbeitsausschuss beschlossen ein regelmäßig erscheinendes Info für linke Gewerkschafterinnen herauszugeben.

Wir wollen mit diesem Info mithelfen das Netz der Gewerkschaftslinken enger und fester zu knüpfen, damit ihr Einfluss größer wird. Darüber hinaus geht es darum die kontinuierliche Diskussion über zentrale Fragen der gewerkschaftlichen Politik zu führen. Dies erfordert Offenheit für unterschiedliche Vorstellungen und Ideen klassenbewusster Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben und Organisationen. Wir möchten ein Forum der Information und Debatte sein. Daher seid ihr alle zur Mitarbeit aufgefordert. Ein Fortschritt ist, dass die Gewerkschaftslinker immer mehr praktische Initiativen ergreift.

Insbesondere zur Tarifpolitik, aber auch zur Vorbereitung der Demonstration am 1. Nov. in Berlin. Um dies wirkungsvoll tun zu können, ist es wichtig über diese und andere Initiativen zu informieren, ebenso wie über Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften, in den Betrieben, über Sozialpolitik und gewerkschaftspolitische Grundfragen. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Erhaltung und Erneuerung der freien Gewerkschaften als Klassenorganisationen.

Die Herausgeber

tragbar seien für unsere Unternehmen - und was dergleichen unbewiesene, unbeweisbare Behauptungen mehr sind. Aber die Bescheidenheit und das Konsens-Bedürfnis unserer Oberen hat sich in keiner Weise ausgezahlt. Jedes Nachgeben hat die andere Seite nur zu immer neuen Forderungen nach Sozialabbau und zu ungeheurer Arroganz ermutigt. Sie wollen das Publikum glauben machen, daß längere Arbeitszeit Arbeitsplätze schafft!! Sind wir wirklich so dumm? Viele große Zeitungen haben die Kampagne der Verteufelung mitgemacht: Die Gewerkschaften seien nur Lobbyisten, Besitzstandswahrer, Blockierer der Erneuerung, würden mit ihren Lohnforderungen das zarte Pflänzchen des Aufschwungs zertrampeln. Sie seien Gegner der unerläßlichen "Modernisierung", würden nur die Interessen einer kleinen uneinsichtigen, unvernünftigen Minderheit vertreten. Wir erleben eine Kapitaloffensive auf breiter Front. Das Ergebnis des Entgegenkommens unserer Führungen ist: Zweifel in der Mitgliedschaft am Zweck der Organisation, Massenausstritte nicht nur von Arbeitslosen, radikaler Rückgang des Organisationsgrades, Unfähigkeit, die Beschäftigten der neuen Wirtschaftssektoren zu erfassen, Abbau der Reallöhne und Sozialleistungen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Vertrauensverlust. Dauerhafter Verzicht auf ernsthaften Kampf um unsere Interessen, stattdessen Rituale der "harten Nachtverhandlungen" führt zu allgemeinem Mißtrauen Unten gegen Oben und zur Schwächung des Klassenbewußtseins, der Kampffähigkeit und des Kampfwillens. Führende Funktionäre schließen Tarifverträge ab, beenden Streiks - ohne

die zuständigen Gremien auch nur zu fragen. Viele Mitglieder fragen sich daher: Will man überhaupt unsere aktive Mitarbeit? Wie gehen unsere Führungen mit der innergewerkschaftlichen Demokratie und unserem Satzungen um? So ist die Existenz unserer Gewerkschaften von außen und von innen ernsthaft gefährdet, weil sie ihrer ureigensten Aufgabe ausweichen, sie nicht erfüllen: Klassenkampf um die Interessen, Bedürfnisse, Nöte aller Werktätigen in Deutschland, ob sie in Arbeit stehen, Erwerbslose oder Rentner seien. Ohne Gewerkschaften sind wir wehr- und schutzlos gegen die zunehmende Willkür und den

wachsenden Druck der Unternehmer. Der Bestand der Organisationen und die Gewinnung der Arbeitenden in den neuen Sektoren, der Leiharbeiter, der Scheinselbständigen, der Beschäftigten in den Niedriglohnssektoren - das können wir nur wenn die Gewerkschaften zu Klassenbewußtsein und Klassenkampf zurückkehren. Das durchzusetzen, unsere Gewerkschaften zu ihrer ureigensten Aufgabe zurückzuführen das ist die gemeinsame Aufgabe der linken Gewerkschafter, der Betriebsräte, Vertrauensleute, Gewerkschaftsfunktionäre, aller Mitglieder.

Bohrungen im löchrigen Damm

von Tom Adler

In der Nacht vom 11. auf den 12. Februar einigten sich die Bezirksleitung der IG Metall Baden-Württemberg und Südwestmetall auf ein Tarifabkommen und beendeten damit auch eine beeindruckende, nach wie vor ansteigende Warnstreikwelle in den Betrieben. 500000 Metaller hatten sich bundesweit an Warnstreiks beteiligt.

„Einkommen gesichert, keine unbezahlte Mehrarbeit.“, titelten die Metall-Nachrichten vom 13.2.; sie ziehen eine erwartungsgemäss positive Bilanz für die IG Metall. Im Unternehmerlager, bei Regierung und Opposition fallen die Bilanzen unterschiedlich aus: Zufriedenheit bei Schröder und der CDU, zurückhaltende Zustimmung bei Gesamtmetall-Chef Kannegiesser. »Ein tarifpolitisches Waterloo« für die Metallunternehmer stöhnte dagegen der Kommentator der FAZ, und meinte: »Die Niederlage der Arbeitgeber ist vernichtend, und nirgendwo ist Hilfe in Sicht.«

Offen wie ein Scheunentor Maßgeblich für eine realistische Einschätzung ist selbstverständlich weder die Presseschau der herrschenden Kreise noch die Außendarstellung der IG-Metall Führung. Vielmehr sind die Gesamtsituation vor und während

der Tarifrunde, deren Verlauf und die Ergebnisse im Detail zu betrachten. Die Diskussion um die Höhe der Tarifforderung im Herbst 2003 stand noch ganz im Zeichen der desaströsen Beendigung des Oststreiks und der darauf folgenden öffentlichen Schlamm-schlacht der sogenannten »Modernisierer« in der IG-Metall-Führung. Die von Spitzen-IG-Metallern selbst ausgerufenen »historische Niederlage« war völlig unabhängig vom Realitätsgehalt dieser Bewertung, zur Self-fulfilling Prophecy geworden und beschädigte das Selbstbewusstsein im Apparat massiv. Die Lohntarifrunde sollte deshalb, so das Drehbuch der IG-Metall-Spitze als ruhige sachorientierte Verhandlung mit einer bescheidenen Forderung über die Bühne gehen. Konfliktvermeidung stand ganz oben auf der Prioritätenliste. Auch an der Basis wirkte das

Desaster nach und führte, gespeist auch aus der allgemeinen Krisenangst, zu großer Verunsicherung. Die Folge war, dass selbst aus den süddeutschen Großbetrieben heraus kaum Druck für eine höhere Forderung als die vorgegebenen entstand. Das zaghafte Konzept wurde jedoch von den Metallunternehmern, die Rückenwind aus Regierung und Opposition verspürten, mit bisher unüblicher Aggressivität vom Tisch gewischt. Ihre Gegenforderungen nach z.T. unbezahlter Verlängerung der Arbeitszeit, Abschaffung der bindenden tariflichen Arbeitszeit von 35 Stunden pro Woche und Verlagerung der Regelungskompetenz in die Betriebe sind nur erklärbar aus einer Verkenntung des Kräfteverhältnisses: Eine solche Niederlage in offener Auseinandersetzung ist nur einer von der Spitze bis an die Basis angezählten Organisation beizubringen.

Die Massivität der Warnstreikwelle, der Zorn in den Betrieben, den die Forderung nach Unterwerfung auslöste, lehrte die Strategen von Gesamtmetall ein weiteres Mal, dass es ein folgenschwerer Irrtum sein kann, aus dem zaghaften Erscheinungsbild der Führung der IG Metall allzu schnell auch auf eine Kampffähigkeit an der Basis der Organisation zu schließen. Die Streikbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen wuchs von Tag zu Tag. Otmar Zwiebelhofer, Verhandlungsführer von Südwestmetall, konstatierte besorgt, die Warnstreiks hätten schon den »Charakter eines Erzwingungsstreiks«. Die führenden Tarifpolitiker der IG Metall, Gefangene ihres eigenen zaghaften Konzepts, beantworteten dagegen die Unternehmerprovokation mit Beschwichtigungsversuchen. Vielzitiertes Beispiel dafür ist Bertold Hubers Bekenntnis, man sei doch »offen wie ein Scheunentor« für weitere Flexibilisierung, bloss unbezahlte Arbeitszeitverlängerung sei nicht akzep-

tabel. Die unerwartet schnelle Entwicklung der Kampfbereitschaft in den Belegschaften, die ersten sichtbaren Haarrisse in der Betonwand der veröffentlichten Meinung, die Bündnispartner bei den Redakteuren im Arbeitskampf gegen ähnliche Zumutungen, und andere günstige äussere Faktoren lassen die Einschätzung zu: Die IG Metall hätte, bei weiterer Eskalierung der Auseinandersetzung, gestützt auf eine wachsende Kampfkraft und wiederentstehendes Selbstbewusstsein, aus dieser Tarifrunde ohne jede Konzession in der Arbeitszeitfrage und deutlich gestärkt hervorgehen können.

Wettbewerbsfähigkeit festgeschrieben

Dass die Verhandlungsführer dies nicht versucht haben, sondern lieber einen schnellen Abschluss inklusive Öffnungsklauseln für Arbeitszeitverlängerung wollten, liegt nicht einfach an ihrer Zaghaftheit und Scheu vor tendenziell schwer steuerbaren Massenmobilisierungen. Im Pforzheimer Verhandlungsergebnis werden gemeinsame Positionen von Südwestmetall und IG Metall formuliert, die man nicht mehr als folgenlose »Tarifvertragslyrik« abtun kann: Mit Bekenntnissen zur Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsbedingungen (!) wird hier das »Bündnis für Wettbewerbsfähigkeit« per Tarifvertrag festgeschrieben. Diesem Ziel dienen auch die Öffnungsklauseln in Richtung verlängerter Arbeitszeiten. War in den Arbeitszeitdiskussionen in der IG Metall in den vergangenen Jahren immer wieder gefordert worden, die 40-Stünder-Quote von 18% (18% der Belegschaften, die abweichend vom Tarifvertrag 40 Stunden arbeiten können) müsse reduziert und wirksame Kontrollmöglichkeiten für deren Einhaltung durchgesetzt werden, so geht die Vereinbarung von Pforzheim in die entgegengesetzte Richtung.

Die Möglichkeiten, längere Arbeitszeiten als 35 Stunden einzuführen, werden ausgeweitet. Dass in Betrieben mit hochqualifizierter Belegschaft (mit über 50% der Beschäftigten in den Gehaltsgruppen T6/K6 und höher) eine 40-Stünder-Quote bis zu 50% vereinbart werden darf, wird in all den Betrieben, wo die 18% bisher gehalten oder unterschritten wurden, einen Anpassungsdruck nach oben erzeugen. Zumal die Kontrollmöglichkeiten für Betriebsräte über die Einhaltung der Quote nur für Betriebe mit einer erhöhten Quote festgelegt wurden. Weiter erlaubt das Tarifabkommen auch für Betriebe mit einer niedrigeren Gehaltsstruktur die Erhöhung der 40-Stünder-Quote, »um Innovationsprozesse zu ermöglichen oder Fachkräftemangel zu begegnen«. Die IG Metall soll solche Erhöhungen vereinbaren, wenn die Betriebsparteien dies beantragen. Dass dies ebenfalls den Druck auf Verlängerung der Arbeitszeiten nicht begrenzen, sondern erhöhen wird, ist offensichtlich. Die im Pforzheimer Ergebnis gemachten Konzessionen an die Arbeitszeitforderungen der Unternehmer sind, zusammen gefasst, zwar nicht der Dambruch bei der 35-Stunden-Woche. Es sind jedoch weitere Bohrungen in einem bereits löchrigen Damm, der bekanntlich erst dann bricht, wenn die Erosion an den Bohrstellen eine gewisse Größe erreicht hat. Der von den Unternehmern versuchte Einsatz des arbeitszeitpolitischen »Daisy Cutter« wurde mit der Kampfkraft der Metaller zwar erfolgreich verhindert - in den nächsten Jahren werden es die IG Metall und die Beschäftigten in den Betrieben dafür mit Zeitbomben und Treminen zu tun bekommen.

Arbeitsgruppe Betriebspolitik

von Gertrud Moll.

Alstom -Mannheim (früher BBC,dann ABB) kann als Musterbeispiel für betrieblichen Widerstand gegen (konjunkturbedingten Stellenabbau und Stilllegung gelten. Grundlage ist die jahrelange Erfahrung der Belegschaft mit solchen Auseinandersetzungen.

Die Belegschaft wurde 2003 mit dem Plan konfrontiert, in einer ersten Stufe 700 Beschäftigte abzubauen (Schließung der Generatorenfabrik und der Kraft werksplanung), was 2-3 Jahre später zur Standort-schließung geführt hätte.

Die Strategie von BR und VK war: Der politische und ökonomische Preis für Stellenabbau und Schließung sollte so hoch getrieben werden, daß die Erhaltung des Standorts für den Konzern letzten Endes günstiger war. Durch viele öffentlichkeits-wirksame Aktionen gelang es, den Kampf der Alstom-Belegschaft in der Region populär zu machen. Es gab erfolgreiche Treffen mit Politikern,Medien, anderen bedrohten Betrieben, (bis hin zu den argentinischen Betrieben,wo die Belegschaft selbst weiter produzierte), Vereinen. Aus mehreren Ländern fuhren Alstom-Belegschaften nach Paris zur Aktionärs-versammlung. Die Mannheimer begleiteten einen Schwertransport mit einem Fackelzug, machten monatliche Betriebsversammlungen und zwei Demos während der Arbeitszeit durch die Stadt.Die IG Metall unterstützte sie voll.

Im Zuge der Auseinandersetzung gelang ein Brückenschlag zu 30 anderen

Mannheimer Belegschaften, die auch von Personalabbau bedroht sind oder waren. Initiator war die VKL.Es gab eine gemeinsame Demo,ein Konzert Mannheimer Künstler und einen Weihnachtsmarkt" gegen Personal- und Sozialabbau mit Unterstützung der örtlichen IGMetall und von ver.di. Dies soll für weitere Aktionen am 2./3.April genutzt werden.

Aus anderen Betrieben wurde ebenfalls berichtet. Bei Siemens-Hoffmannstrasse in München laufen seit 2002 große Auseinandersetzungen um Entlassungen. Ein reiner Angestelltenstandort wehrt sich dort in einer bei Siemens nie dagewesenen Form. Darüber gibt es im Internet eine sehr gute Dokumentation.



In diesem Zusammenhang wurde auf häufige Fälle von Entlassungen und Klagen gegen GewerkschafterInnen berichtet - außer der Entlassung von Inken Wanzek wegen einer Mail in einem e-mail-Netzwerk auch Fälle bei Daimler-Kassel, ebenfalls wegen e-mail-Infos über eine private Homepage,bei der Berliner Bankgesellschaft u.a.(Das Thema wurde später im

Plenum von Thomas Adler noch genauer vorgetragen.)

Bei Otis -Berlin ebenfalls starker Belegschaftsabbau, nicht durch betriebsbedingte Kündigungen, sondern durch Sozialplan und Nichtersetzung der Fluktuation. Daher wenig Möglichkeiten der Gegenwehr.

Mit den Drais-Werken in Mannheim standen die Alstomer in engerem Kontakt.Die Drais-Beschäftigten hatten 1986 den Betrieb 14 Tage lang besetzt,um eine Schließung zu verhindern, übernahmen ihn selbst, machten ihn wieder profitabel. Dann ruinierten zwei Jahre später neue Privatbesitzer den Betrieb endgültig.

*Liebe Kollegin,
lieber Kollege,
heute erhältst Du die erste
Ausgabe des Infos der
Gewerkschaftslinken. Bitte
teile uns baldigst Deine
e-mail-Adresse mit, damit
wir Dir auch die folgenden
Ausgaben des Info zustellen
können.*

Die Herausgeber

Arbeitsgruppe Tarifpolitik

von Matthias Fritz.

Die heiße Phase der Metall-Tarifrunde hatte gerade begonnen, und so stand diese im Zentrum der Diskussion. Wir waren uns einig, daß es eine hohe Bereitschaft gibt, gegen die Unternehmerangriffe auf Arbeitszeit, Löhne und Arbeitsplätze zu mobilisieren. Die Unternehmer hatten offensichtlich die Widerstandskraft der gewerkschaftlichen Basis unterschätzt.

Es wurde zugleich befürchtet, daß seitens der Bezirksleitungen (und des Vorstandes) die gezeigte Kampfkraft nicht wirklich aufgebaut und genutzt wird. Ein Kompromiss unterhalb des Nötigen wäre die Folge.

Arbeitsgruppe Agenda 2010

von Stefan Müller

Anwesend waren etwa 30 KollegInnen, vornehmlich aus dem Bereich von ver.di. Nach dem Einführungsreferat von Thomas Amm, dessen Inhalt von den Anwesenden im wesentlichen geteilt wurde und, entspannt sich eine Diskussion an folgenden Punkten und Fragen:

- Was ist der ökonomische Hintergrund der Agenda 2010: und existiert aufgrund steigenden Aktienbesitzes möglicherweise auch bei abhängig Beschäftigten eine soziale Basis für die Kürzungspolitik?
- Wie stark sind die Gewerkschaften noch an die SPD gebunden? Hier waren regionale unterschiedliche Entwicklungen festzustellen, denen unterschiedliche Einschätzungen entspringen.
- Ob und inwieweit soll die Gewerkschaftslinken unabhängig von den politischen Flügeln in den Gewerkschaften und der SPD agieren?

Deshalb wurde beschlossen, ein Info für die Tarifrunde mit unseren Positionen zu erstellen. Das Info wurde zwar geschrieben, konnte aber wegen des kurzfristigen Abschlusses nicht veröffentlicht werden. Unsere Bewertung des Ergebnisses findet sich in diesem Info der Gewerkschaftslinken.

Kolleginnen und Kollegen aus anderen Branchen zeigten Parallelen auf, was das Vorgehen der Unternehmer angeht.



- Können wir bundesweit mit dem gleichen Forderungskatalog (z.B. der Abschlussklärung der Frankfurter Konferenz vom 17./18.1.04) arbeiten, oder müssen die Forderungen und Parolen einer Gewerkschaftslinken sich den regional sehr unterschiedlichen Situationen anpassen?

Konkrete Verabredungen wurden in der AG nicht getroffen. Die in der Debatte aufgeworfene Frage, ob es eine bundesweite AG zum Thema Agenda 2010 geben sollte, wurde ebenso wenig beantwortet wie die Frage, ob die bundesweite Gewerkschaftslinken mit einem eigenen Aufruf zum europäischen Aktionstag am 2./3. April mobilisiert.

Arbeitsgruppe Privatisierung und Ausgliederung

von Bernd Riexinger

Im Einführungsreferat von Bernd Riexinger wurden (hier gerafft wiedergegeben) folgende Thesen aufgestellt. Das System der öffentlichen Daseinsvorsorge ist in den letzten Jahren von verschiedenen Seiten gewaltig unter Druck gekommen:

1. Der Wandel des Staates zum Wettbewerbsstaat im Shareholderkapitalismus hat nicht nur die Funktion optimale Konkurrenzbedingungen für das Kapital im globalen Wettbewerb herzustellen, sondern unterstellt die sozialen Systeme und die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge selbst dem Wettbewerb um die geringsten internationalen Kosten (Benchmarking usw.)

2. Die Steuerpolitik, die seit zwei Jahrzehnten kontinuierlich Kapitalgesellschaften entlastet und die öffentliche Hand, insbesondere die Kommunen in die finanzielle Dauerkrise stürzt. Dadurch wird politisch gewollter Druck aufgebaut zu privatisieren und auszugliedern.

3. Durch die Privatisierung elementarer Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Wasser, Gesundheit, Bildung, ÖPNV wurden weltweit Billionen von Euro der privaten Akkumulation zugeführt, die heute noch unter weitgehender öffentlicher Kontrolle stehen.

4. Die Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme und deren Privatisierung führt ebenfalls hunderte Milliarden Euro privaten Kapitalgesellschaften zu und beschleunigt den Prozess der Vermarktung aller Lebensbereiche, die heute noch öffentlich

oder öffentlich gefördert organisiert werden. Der „Zwang“ zur Privatisierung wird durch die Politik der Welthandelsorganisation WTO und die EU-Wettbewerbspolitik beschleunigt und mit rechtlichen Sanktionen zur materiellen Gewalt.

6. Der politische

Mainstream befördert ideologisch bis in die Köpfe vieler Kommunalpolitiker hinein, dass Privatisierung und Vermarktung öffentlicher Dienstleistungen modern und zukunftsorientiert sei.

Gewerkschaftliche Reaktion

1. Die bisher vorherrschende Position innerhalb der alten ÖTV: „Wir müssen den öffentlichen Dienst wettbewerbsfähig machen, dann wird er weniger privatisiert“ war ebenso wenig geeignet eine Front gegen die Privatisierung aufzubauen, wie die heutige Position der Modernisierer „Wir müssen mitgestalten“.

2. Jede Gegenposition muss in den Mittelpunkt stellen, dass die öffentliche Daseinsvorsorge ihre soziale Grundlage verliert, wenn sie Markt und

Wettbewerb untergeordnet wird. Bildung, Erziehung, Gesundheit, usw. dürfen gerade nicht der Profimaximierung unterliegen, wenn sie im Interesse der Menschen erfolgen sollen. Das in den Vordergrund zu stellen, wie auch die Notwendigkeit diese Güter der Daseinsvorsorge unter öffentliche Kontrolle zu stellen, ist die geistige Voraussetzung für die konsequente Gegenwehr gegen Privatisierung und Ausgliederung.

3. Das gewerkschaftliche Gegenwehr ist dann am chancenreichsten, wenn sie die Mobilisierung der Beschäftigten und der (betroffenen) Bürger/innen umfasst.

4. Am Beispiel der Stuttgarter Kampagne „öffentlich ist wesentlich - stoppt den Ausverkauf“ wurde verdeutlicht, dass bereits im Vorfeld konkreter Privatisierungsmaßnahmen durch Aufklärung, Aktionen und Kampagnen die Gegenkräfte aufgebaut und gestärkt werden können.

5. Der örtliche und regionale Widerstand kann nur dann dauerhaft erfolgreich sein, wenn

die Verbindung mit der nationalen und internationalen Politik hergestellt wird.

Die inhaltlichen Schnittstellen zwischen Beschäftigten und Einwohner/innen als auch zu den Globalisierungskritikern bieten Chancen für eine fortschrittliche Politik, die sich der Vermarktung bisher nicht vermarkteter Lebensbereiche erfolgreich entgegenstellt

Diskussion

In vielen Regionen ist die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge soweit fortgeschritten, dass es nicht mehr ausreicht, diesen Prozess zu stoppen. Hier müssen Forderungen nach Rückvergesellschaftung bereits privatisierter Bereiche gestellt werden.

Die Arbeitsgruppe will im Plenum beantragen, dass ein bundesweiter Kongress der Gewerkschaftslinken zur Privatisierung durchgeführt wird. Anmerkung: Der Arbeitsausschuss hat beschlossen, diesen am 25. September, voraussichtlich in Kassel durchzuführen.

Die Berliner Gewerkschaftslinken muss sich organisieren

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im vergangenen Jahr mussten wir feststellen, dass unsere Gewerkschaften nicht bereit und zum Teil auch nicht mehr in der Lage sind, die notwendigen Abwehrmaßnahmen und Kämpfe gegen den von der SPD eingeleiteten Sozialabbau zu führen. Die Agenda 2010 ist das größte Sozialabbauprogramm bisher in der Geschichte der Bundesrepublik. Und der Agenda 2010 wird die Agenda 2020 und 2030 mit noch heftigeren Angriffen auf alle diejenigen folgen, die auf Lohnarbeit angewiesen sind, gleich ob sie zur Zeit erwerbslos, in einem

industriellen Großbetrieb oder in ungesicherter und niedrig entlohnter Beschäftigung sind.

Im vergangenen Jahr konnten wir aber auch erleben, dass ein erhebliches Potential für Protest, sogar für Widerstand, gegen den Abbau des Sozialstaates und die Einschränkung von Schutzrechten der abhängig Beschäftigten vorhanden ist. Am 1. November demonstrierten 100.000 Menschen in Berlin.

Der Erfolg dieser Demonstration fußte im wesentlichen auf den Aktivitäten vieler aktiver GewerkschafterInnen vor Ort in ihren Betrieben, Verwaltungen, Einrichtungen und den örtlichen Gewerkschaftsgremien. Allein aus dem Stuttgarter Raum konnte ver.di und IG Metall fast 30 Busse

organisieren. Die Vorstände unserer Einzelgewerkschaften und der DGB hatten nicht zu der Demonstration aufgerufen; vielerorts musste sogar gegen den Willen und ohne die Unterstützung der örtlichen Gremien für die Demonstration mobilisiert werden.

Um die weiteren Aktivitäten gegen die Agenda 2010 zu koordinieren und zu organisieren müssen sich die Linken in den Gewerkschaften enger zusammen schließen. Wir stehen vor vielen Aufgaben. In den Einzelgewerkschaften müssen wir für einen Kurswechsel gegenüber der Sozialdemokratie eintreten: weg vom Schmusekurs und Spitzengesprächen, hin zu einer kämpferischen Gewerkschafts-

politik Zum zweiten müssen wir in den wachsenden, gewerkschaftlich nicht mehr erreichten Sektoren Fuß fassen. Die gewerkschaftliche Linke muss innerhalb der Gewerkschaften und auch außerhalb eigenständig mobilisierungs- und kampagnenfähig werden. Wir müssen drittens den Kontakt herstellen zu den anderen sozialen Initiativen und Bündnissen in Berlin wie auch im Bundesgebiet; die Gewerkschaftslinken muss sich zusammenschließen, um selber bündnisfähig zu werden.

Um unsere Kolleginnen und Kollegen für den Abwehrkampf und die Rücknahme aller Verschlechterungen zu gewinnen brauchen wir "positive" Forderungen. Solche könnten sein: Arbeitszeitverkürzung als Mittel gegen Massenarbeitslosigkeit, für Steuererhöhungen auf Vermögen und Gewinne, für einen gesetzlichen Mindestlohn! Hierüber muss sich die Gewerkschaftslinken verständigen.

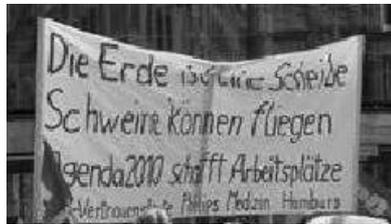
Seit dem Frühsommer 2003 finden unregelmäßige Treffen im DGB-Haus statt. Zuletzt waren es zwei Veranstaltungen am 22. Oktober und am 26. November (im ver.di-Haus) mit jeweils etwa 70 TeilnehmerInnen.

Markus Damins (IG Metall), Andreas Hesse (ver.di, FB 8/ , "Berlin von unten"), Brigitte Sockel (ver.di, FB 7), Monika Merk (ver.di connex), Müller (IG Metall/"Berlin von unten"), Ulrich Peter (ver.di, FB 3)

Nach dem 3. April - wohin?

Eindrucksvolle Großdemonstrationen gegen Agenda 2010

Die Demos des 3. April sollen eine Zäsur werden. An den letzten Tagen vor dem europäischen Aktionstag kamen neue „Reformvorschläge“ auf den Tisch, die dringend eine Antwort erfordern. CSU-, CDU- und SPD-Ministerpräsidenten (E. Stoiber, E. Teufel, P. Steinbrück) fordern provokativ und ultimativ, dekretieren die Verlängerung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst. Stuttgarts Finanzminister Stratthaus erklärt diese Provokation zum Türöffner für die Privatunternehmer.



Gleichzeitig, vermutlich konzentriert, beginnen offene Erpressungsmanöver, so bei Siemens: Entweder unbezahlte Mehrarbeit oder Entlassung von 10.000 Beschäftigten und Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer. Also: Enge Zusammenarbeit von „Sozialstaat“ und Unternehmern, eine Generaloffensive des Kapitals. Frank Bsirske gab vor dem 3.4. eine erste Antwort: Wenn die Länderregierungen ihre Maßnahmen bis zum 3. April nicht zurückgenommen haben, beginnen am 1. Mai härtere Auseinandersetzungen.

Eine zweite Antwort waren die Demonstrationen am 3.4.: 150.000 in Stuttgart, 110.000 in Köln, 250.000 in Berlin - so die offiziellen Angaben. In Köln sprach Helmut Kohls Arbeitsminister Norbert Blüm, zu Recht von den Demonstranten ausgebuht. Er erklärte leider etwas zu spät, einige seiner Sozialabbaumaßnahmen seien Fehler gewesen. Aber er hat ja den Reigen des Abbaus angeführt - nur mit sozialer Demagogie verklärt.

In Stuttgart gab es eine Riesendemonstration mit 150.000 TeilnehmerInnen aus dem ganzen Süden und Südwesten, die mit Bahn und Bussen kamen, die zeitweise die Autobahnen verstopften. Rot überwog auf Jacken, Mützen, Fahnen und Transparenten, auf denen unsere Forderungen und Kampfbereitschaft deutlich wurden. Den Kontrast bildeten die Plakate, mit denen die IG BCE viele ihrer Mitglieder losgeschickt hatte, die mehrfach vor der Rednertribüne vorbeifiliierten; die trugen Schwarzrotgold und die Parole "Modell Deutschland". Was gegenwärtig für uns Gewerkschafter Modell sein soll, war nicht gesagt; vom Kampf gegen Schröders Agenda 2010 kein Wort.

In Stuttgart hielt Frank Bsirske die Hauptrede. Mit klaren Beispielen zeigte er die Brutalität der Kapitaloffensive auf und erntete viel Zustimmung. Leider versäumte er es, auf die aktuelle Frage einzugehen, wie unser Protest weitergehen soll. Denn natürlich fragen wir alle, was geschieht bis zum 1. Mai und was danach, um der ungeheuerlichen Provokation der anderen Seite die effektive Antwort zu geben.

In Berlin demonstrierten 250.000, die in 3.600 Bussen angereist waren; 1700 von diesen sollen auf den Autobahnen stecken geblieben sein. Michael Sommer protestierte zwar gegen den Sozialabbau, erinnerte die Regierung an ihr Wahlversprechen, aber auch nicht mehr. Ottmar Schreiner vermied gleichfalls eine wirkliche Distanzierung von Rot-Grün. Die attac-Rednerin Ilona Plettner sprach am radikalsten.

Insgesamt waren die drei Demos eindrucksvoller Ausdruck von Wut und Bereitschaft zum Widerstand. Das zentrale Bündnis für Beschäftigung, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit hat nur diese Fähigkeit weiter verbessert; denn schon bisher ist die BRD (mit 82 Mio. eine mittlere Größe unter den G7, aber) der größte Weltmarktexporteur. Deswegen: Nie wieder „Bündnisse“, die nur eine Selbstfesselung der Gewerkschaft bedeuten. Auch keine betrieblichen „Bündnisse“, die eine noch engere Fessel sind. Betriebsräte und Gewerkschaften müssen gemeinsam die in die Betriebe verlagerten Unternehmerangriffe abwehren. Es gilt eine Front zu errichten in jedem Betrieb und Büro gegen die immer aggressivere Kapitaloffensive. Die Basis muß die Gewerkschaftsfunktionäre aktiv unterstützen, die die Provokation abwehren wollen

und die bereit sind, alle unsere Kampfmittel einzusetzen. Den „Bündniswilligen“ müssen wir die rote Karte zeigen. Genug jener Bündnisse, die nur Unterwerfung waren und sind.

Der außerparlamentarische Druck auf die Regierung muß verstärkt werden für folgende Nahziele:

*Wiedereinführung der Vermögenssteuer und der anderen Unternehmenssteuern
*Arbeitslosenhilfe muß bleiben, darf nicht zur Sozialhilfe abgesenkt werden, weg mit Hartz IV

*Keine Rentenkürzungen
*Weg mit der 10 E-Gebühr, den erhöhten Krankenhauskosten und den anderen Belastungen der Gesundheitsreform
*Es geht um die Verteidigung der Tarifverträge, Verhinderung der Arbeitszeitverlängerung und der Lohnsenkung.

Der 3. April darf nicht die letzte Demo gewesen sein; neue Aktionen und Demos müssen folgen. Betrieb und Strasse sind unsere Kampfplätze.



Ermutigender Beschluß des Bündnisses gegen Sozial- und Lohnabbau

Auszüge aus dem Frankfurter Appell gegen Sozial- und Lohnabbau

...Arbeit um jeden Preis ist für uns unzumutbar. Nicht die angebliche Anspruchshaltung der Arbeitslosen, der Rentner oder das "Besitzstandsdenken" der Beschäftigten ist das Problem, sondern das Profitstreben des Kapitals und der Reichen sowie eine Wirtschaftspolitik, die ausschließlich deren Profitansprüchen verpflichtet ist. Wir sehen keinen Sinn darin dass von Anlegern x Milliarden Euro bei riskanten Finanzanlagen verbrannt oder ins Ausland verlagert werden, während wir auf das Notwendigste verzichten sollen. Wir sehen auch nicht ein, dass Sozialleistungen deshalb abgebaut

werden, um Kriegseinsätze der Bundeswehr weltweit zu finanzieren.

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten können. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der "Steuerreformen" immer weniger Gewinnsteuern zahlen und weil sie gleichzeitig immer mehr Arbeitskräfte arbeitslos machen. U .a. deswegen, weil sie Arbeitszeitverlängerungen durchsetzen.

Wir sind nicht bereit, uns gegen unsere Kollegen/innen und Mitbürger/innen in anderen Ländern in einen internationalen Dumpingwettbewerb um die geringsten Arbeitskosten und billigsten Sozialsysteme treiben zu lassen. Die Regierungschefs der EU aber wollen genau das. Sie wollen mit Hilfe von Sozial- und Lohnabbau die USA bis 2010 als stärkste Wirtschaftsmacht ablösen. Deshalb Agenda 2010. Das ist nicht unser Ziel.

Wir sehen nicht ein, dass es uns immer schlechter gehen soll, während unsere Produktivität zunimmt und der von uns erarbeitete Reichtum Jahr für Jahr wächst...

Impressum:

Das Info des "Netzwerks Gewerkschaftslinker" erscheint vier mal jährlich. Beiträge sind erwünscht. Redaktionelle Kürzungen sind vorbehalten. Namentlich gezeichnete Beiträge verantworten die Autoren. V.i.S.d.P: Ewald Wehner, Bernd Riexinger, H.G.Lang, Theodor Bergmann.

Kontakadresse: Ewald Wehner, Paul-Gerhardt-Ring 15, 60528 Frankfurt/M. ewald.wehner@t-online.de